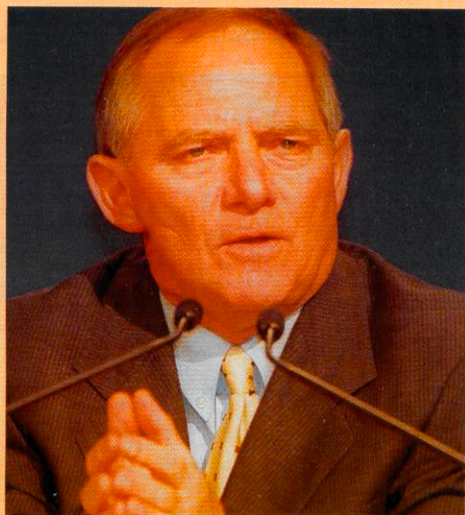


U*i*D

40/16. Dezember 1999

„Kleiner Parteitag“
der CDU am
13. Dezember 1999
im Alten Stadthaus
in Berlin



Familie ist
überall dort,
wo **Eltern**
für **Kinder**
und **Kinder**
für **Eltern**

Verantwortung tragen

DOKUMENTATION: Lust auf Familie, Lust auf
Verantwortung. Das familienpolitische Programm
der CDU. Beschluss des „Kleinen Parteitags“



● **WOLFGANG SCHÄUBLE:** Mit unserer Familienpolitik wollen wir die Rahmenbedingungen schaffen, die den Wertvorstellungen und Lebensentwürfen der Bürger entsprechen und die Vielfalt familiärer Lebensweisen aufnehmen. Auf unserem Erfurter Parteitag haben wir uns ein Arbeitsprogramm für vier Jahre Opposition gegeben: zuerst die Familie. Das beraten wir heute. Ich danke Angela Merkel und allen Mitgliedern der Familienkommission für die intensive Vorarbeit, und ich danke allen, die in den zurückliegenden Wochen so intensiv diskutiert haben. 676 Anträge – wir sind eine offen diskutierende Volkspartei – mitten im Leben.

● **ANGELA MERKEL:** Dieser Kleine Parteitag zur Familienpolitik findet wenige Tage vor einem sym-

bolträchtigen Jahreswechsel statt. Vor solchen Jahreswechslern blickt man zurück auf das, was war, und natürlich schaut man auch voraus auf das, was kommen mag, mit Neugier, mit Hoffnung, sicher mit vielen guten Vorsätzen – vielleicht auch ein wenig mit Bangen. – **Bericht der Generalsekretärin und zugleich Einführung in den Antrag des Bundesvorstands. Seite 13-20**

● **DIE VERNETZTE FAMILIE.** Bericht vom Sonntags-Forum der CDU zum Thema Medienerziehung am 12. Dezember. **Seite 21-23**

Wolfgang Schäuble:

Wir legen den Grund für neues Vertrauen

Unser Kleiner Parteitag findet große öffentliche Beachtung. Das ist gut so. Das Thema „Familie“, das wir uns schon auf dem Erfurter Parteitag für heute vorgenommen haben, verdient diese Beachtung. Unsere Antwort auf die Substanz- und Richtungslosigkeit des SPD-Parteitages vor knapp einer Woche braucht auch öffentliche Resonanz. Resonanz brauchen natürlich auch die Finanzen der CDU. Wir haben viel aufzuklären, aber nichts zu verbergen.

Seit im Zuge staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen die Übergabe von einer Million DM in einem Einkaufszentrum bei Sankt Margarethen bekannt wurde, überschlagen sich Spekulationen und Verdächtigungen. Die Parteiführung hat mit einmütiger Zustimmung von Präsidium und Bundesvorstand, auch in Abstimmung mit Helmut Kohl, alles zur Aufklärung Erforderliche und Mögliche auf den Weg gebracht. Wir haben alle Unterlagen einer unabhängigen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft übergeben und sie beauftragt, zu prüfen, ob die Rechenschaftsberichte, die nach dem Parteiengesetz abzugeben waren, ergänzungs- oder korrekturbedürftig sind. Diese Prüfung erfolgt so schnell wie möglich, aber eben auch – das hat Vorrang – so gründlich wie nötig.

Über das Ergebnis dieser Überprüfung werden wir Partei, Bundestagsverwaltung und die Öffentlichkeit unterrichten; etwaige Konsequenzen müssen wir tragen. Aber jetzt über Summen zu spekulieren macht wirklich keinen Sinn. Die Unabhängigkeit

einer Prüfung bringt halt mit sich, dass man das Ergebnis abwarten muss.

Wir haben am 22. November 1999 beschlossen, die Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsprüfungs-GmbH Weyrauch & Kapp in Frankfurt einvernehmlich zum Ende dieses Jahres zu beenden. Herr Weyrauch war seit Anfang der 70er Jahre für die Bundespartei beratend und treuhänderisch tätig. Er hat die offiziellen Spendenkonten der Bundespartei treuhänderisch verwaltet und die Bezahlung unserer leitenden Mitarbeiter – im wesentlichen Generalsekretäre, Bundesgeschäftsführer und

Bericht des Parteivorsitzenden Wolfgang Schäuble

Hauptabteilungsleiter – lohnbuchhalterisch betreut und abgewickelt, wozu die erforderlichen Mittel regelmäßig von der Bundesgeschäftsstelle überwiesen wurden. An diesem Vorgehen gibt es überhaupt nichts auszusetzen.

Unser Problem liegt ganz woanders:

Soviel heute feststeht, hat es Zahlungsvorgänge – Einzahlungen und Auszahlungen – und zusätzliche Anderkonten außerhalb des Rechenwerks der Bundesgeschäftsstelle gegeben. Die Herkunft der Gelder ist bislang nur unvollständig geklärt. Da die von Weyrauch & Kapp übergebenen Unterlagen unvollständig sind, wird versucht, mit der kontoführenden Bank alle

Kontenbewegungen nachzuvollziehen. Darüber hinaus habe ich den Mitarbeitern von Weyrauch & Kapp sowie den früheren Vorsitzenden, Generalsekretären, Schatzmeistern und zuständigen Mitarbeitern einen standardisierten Fragebogen unserer Wirtschaftsprüfer übersandt. Alle Befragten haben zugesagt, so schnell und umfassend wie möglich zu antworten.

Damit sich das alles nicht wiederholen kann, werden wir auf dem nächsten Parteitag im April eine Änderung von Satzung und Finanzstatut vorschlagen, um die Trennung der Verantwortlichkeiten zwischen Schatzmeisterei einerseits und Bundesgeschäftsstelle andererseits aufzuheben und um vollständige Transparenz aller Einnahmen und Ausgaben sicherzustellen.

Herr Weyrauch hat gemäß eigenen Aussagen und gemäß den übergebenen Unterlagen nach dem Parteitag im November 1998 das letzte der Bundesgeschäftsstelle nicht bekannte Treuhandkonto für die Bundespartei geschlossen, um die neugewählte Parteiführung, so seine eigene Aussage, nicht über solche Konten in Kenntnis setzen zu müssen. Deshalb kann ich auch im Einvernehmen mit Matthias Wismann und Angela Merkel erklären, dass es derartige Vorgänge in unserer Amtszeit nicht gegeben hat und dass es sie in unserer Amtszeit auch nicht geben wird.

Die eine Million DM aus dem Einkaufszentrum hat übrigens, auch das steht fest, Konten der CDU Deutschlands niemals erreicht. Nach Aussagen aller war niemand – außer den unmittelbar Beteiligten – darüber informiert.

Für Konten der Bundespartei in der Schweiz oder in Liechtenstein gibt es nach allen vorhandenen Unterlagen und nach den Aussagen aller Befragten keinerlei Hinweise. Dasselbe gilt für angebliche Zahlungen von Elf-Aquitaine.

Man muss gelegentlich daran erinnern

Diese absurden Verdächtigungen waren übrigens schon in der letzten Legislaturperiode des Bundestags Gegenstand eines Untersuchungsausschusses – man muss gelegentlich daran erinnern –, ohne jede Erkenntnis! Im Augenblick scheint es so, dass die zwielichtigsten Figuren für die wildesten Verdächtigungen weltweite Aufmerksamkeit finden können. Die CDU Deutschland hat mit dem nun wirklich nichts zu tun.

Übrigens entbehrt auch der immer wieder geäußerte Verdacht jeder Grundlage, die CDU hätte sich nach 1990 geradezu wundersam finanziell erholt. Es war so gewesen: Alle Parteien haben im Jahr 1990 – nicht zuletzt als Folge der Verhandlungen, die in diesem Raum geführt worden sind – durch die Ausdehnung der staatlichen Wahlkampfkostenerstattung auf die zur Bundestagswahl neu hinzugekommenen Wahlberechtigten in den neuen Bundesländern höhere Zahlungen erhalten. Normalerweise wird die Wahlkampfkostenerstattung in vier Jahresraten ausgezahlt. 1990 wurde der erhöhte Betrag insgesamt auf einmal überwiesen. So – und nur so – erklärt sich das vermeintliche Wunder, das viele meinten, entdeckt zu haben. Das war übrigens bei allen Parteien genau der gleiche Vorgang. Das, liebe Freunde, ist der Sachverhalt, soweit er mir bekannt ist. Das ist vielleicht nüchterner als in den öffentlichen Spekulationen und Verdächtigungen, aber dafür, liebe Freunde, ist es präziser. Gleichwohl ist es nicht schön.

Aber genauso klar sage ich auch: Ich bin ganz überzeugt, dass Entscheidungen der Regierung von Helmut Kohl niemals käuflich waren.

Wir haben übrigens in der Bundestagsfraktion einstimmig der Einsetzung des Untersuchungsausschusses zugestimmt, weil wir das größte Interesse an rascher

Wolfgang Schäuble: Wir haben ein festes Koordinatensystem aus Werten und Erfahrung, und weil wir unseren Überzeugungen treu sind, und unserer Grundlagen sicher, sind wir offen für Zukunft und Veränderungen.



und vollständiger Aufklärungen solcher Verdächtigungen haben.

Weil der SPD-Vorsitzende Schröder auf seinem Parteitag in der letzten Woche ganz unerträgliche Angriffe gegen die Union und gegen Helmut Kohl gerichtet hat, will ich hinzufügen: Wer Helmut Kohl kennt, der weiß, dass er nicht in die eigene Tasche gewirtschaftet hat.

Helmut Kohl hat sich seine Hochzeit – sie liegt schon eine Weile zurück; er hat nur einmal geheiratet – nicht sponsern lassen, beim Hausbau hat er keine Sonderbetreuung durch die Veba bekommen, und zum Opernball nach Wien ist er auch nicht durch die Volkswagen AG eingeflogen worden.

Helmut Kohl bleibt der Kanzler der Einheit, und die 16 Jahre seiner Kanzlerschaft waren 16 gute Jahre, für Deutschland und für Europa. Das lassen wir uns nicht kaputt machen.

(Anhaltender Beifall)

Noch einmal, liebe Freunde: Was nicht in Ordnung war, muss aufgeklärt und abge-

stellt werden – je schneller, desto besser! Je rückhaltloser wir aufklären, um so besser bewahren wir unser Erbe vor dauerndem Schaden und können uns wieder auf unsere politische Aufgabe konzentrieren: Politik zu machen für unser Land, kraftvolle Opposition zu sein und bald wieder Regierungsverantwortung auch im Bund zu übernehmen.

Ein verlorenes Jahr für Deutschland

Wie nötig das ist, hat nicht zuletzt der SPD-Parteitag bewiesen. Es geht schon wieder so wie im letzten Jahr in Leipzig: Jubel, Show und Inszenierung, aber keine Substanz. Gefällige Formulierungen für die Fernsehnachrichten und die Zeitungsoberschriften des nächsten Tages, aber keine Richtung. So war das ganze erste Jahr der Regierung Schröder.

Beim vielgepriesenen „Bündnis für Arbeit“ ist auch gestern wieder nichts herausgekommen. „Nachbessern“ ist das Unwort des Jahres: von 630-Mark-Jobs bis zur so-

genannten Scheinselbständigkeit, von der doppelten Staatsbürgerschaft bis zur Ökosteuer, vom Rentenbetrug bis zum Gesundheitschaos und zu Steuererhöhungen für den Mittelstand – Stillstand beim Aufbau Ost. Zum Aufbau Ost gab es übrigens kein Wort in Schröders Parteitagrede, und hinterher kam die Begründung, er habe doch schon zum zehnten Jahrestag des Mauerfalls gesprochen. So einsilbig ist der Herr doch sonst nicht. Und zum Mauerfall hätte er vielleicht besser geschwiegen; denn für die Einheit war er 1990 wirklich nicht.

Deshalb hat die SPD in diesem Jahr zu Recht jede Wahl verloren, und im Osten ist sie sogar auf Platz 3 zurückgefallen. Nun wären die Niederlagen der SPD nicht so schlimm, aber die Kehrseite ist traurig: Es war ein verlorenes Jahr für Deutschland. Die Arbeitslosigkeit stagniert, obwohl viel mehr ältere Menschen aus dem Erwerbsleben ausscheiden, als junge hineinwachsen. In der wirtschaftlichen Entwicklung lagen wir am Ende aller Mitglieder der Eurozone. Alle internationalen Beobachter sind sich übrigens darin einig, dass für die Schwäche des Euro in erster Linie die Politik der deutschen Bundesregierung verantwortlich ist.

Jetzt glauben sie, wieder einmal von neuem anfangen zu können. Das wieviele Mal fangen die eigentlich wieder neu an, seit Schröder Kanzler ist? Was heißt schon „neu anfangen“?

Bloß weil der Parteitag pflichtgemäß jubelt, dieses Mal Scharping abstrahlt, Müntefering offenbar den roten Schal von Momper übernommen hat, Glogowski noch rasch zurückgetreten ist? Der wird nicht einmal mehr Minister wie Eichel oder Klimmt; Simonis und Clement können ja noch hoffen.

Von den Holzmann-Arbeitern wurde Schröder gefeiert. Aber der IG Bau-Vorsitzende Wiesehügel, der beim Holzmann-Jubel

noch dabeistand, stellt jetzt den Beitrag der Belegschaft zur Sanierung wieder in Frage. Der Holzmann-Vorsitzende ist inzwischen entlassen, und die Zweifel an der Tragfähigkeit des Sanierungskonzepts wachsen. Ich wünsche den Holzmann-Beschäftigten wirklich nicht, dass auch das wieder nur eine Schrödersche Eintagsfliege gewesen ist – ganz zu schweigen von der Frage, was eigentlich der Mittelstand sagt, wenn den Großen mit Staatskrediten geholfen wird und dem Mittelstand nicht.

Vom Kaschmir zum Chamäleon

Es gibt kein schlüssiges Reform- und Regierungskonzept. Wie der Hase in der Spur: Haken links, Haken rechts. Vor der Sommerpause Tony Blair. Jetzt auf dem Parteitag Jospin. In Florenz, wo beide waren, schwieg der Kanzler; das nennt er dann „neue Mitte“. Vom Kaschmir zum Chamäleon. Und jetzt noch die Erbschaftsteuer.

Wir, liebe Freunde, haben unseren Oppositionsauftrag angenommen – für vier Jahre, nicht weniger, aber auch nicht mehr. Wir haben ein festes Koordinatensystem aus Werten und Erfahrung, und weil wir unseren Überzeugungen treu sind und unserer Grundlagen sicher, sind wir offen für Zukunft und Veränderungen. Das diskutieren wir in der Breite unserer Partei und mit allen Gruppen der Bevölkerung – mitten im Leben.

In einer Zeit schneller und großer Veränderungen – in unserer Gesellschaft, in der Arbeitswelt, in den Kommunikationssystemen, in den globalen Beziehungen – brauchen wir Kraft zu Veränderung. Schröder – entweder mit Zickzackkurs oder mit Stillstand – diskreditiert Reformen.

Wir wollen Brücken bauen ins neue Millennium, in eine Ära der Freiheit, Brücken für alle. Jeder wird gebraucht. Keiner darf ausgegrenzt bleiben. Jeder muss seinen Beitrag leisten. Keiner ist unnützlich, der Spitz-

zenakademiker nicht und der Lernbehinderte auch nicht. Das, liebe Freunde, ist unser Leitbild von Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit.

Freiheit und Verantwortung, Rechte und Pflichten, Leistung und Solidarität, das darf der Staat nicht zuschütten durch ein Übermaß von Steuern, Abgaben und Bürokratie. Wenn die Linken ein Problem zu erkennen glauben, fällt ihnen am Ende immer nur noch mehr Reglementierung, Bürokratie, Steuern und Abgaben ein. Man schaue sich den Krampf der sogenannten Gesundheitsreform an! Als ob man wachsende Nachfrage nach Gesundheitsleistungen durch Budgetierung decken könnte! Zweiklassenmedizin ist die unausweichliche Folge, und das wollen wir nicht.

Wir brauchen eine Steuerreform, die ihren Namen verdient

Wir setzen auf Wahlfreiheit, auf Transparenz, auf die richtige Mischung von Eigenverantwortung und Solidarität. Deswegen brauchen wir auch eine Steuerreform, die ihren Namen verdient. Ach, wenn doch wenigstens Struck halten würde, was er verspricht! Aber eine Steuerreform, die ihren Namen verdient, muss die Steuern senken, für alle, auch und gerade für den Mittelstand, weil dort vor allem die Arbeitsplätze entstehen. Schröder und Eichel wollen jetzt nach Einkommensarten und Rechtsformen unterscheiden, also auch noch über Steuern mehr reglementieren und nicht entlasten. Entgegen allen Ankündigungen haben sie ja bisher die Steuern immer nur erhöht. Davon haben sie offenbar immer noch nicht genug, wie die Debatte um Vermögensteuer, Vermögensabgabe, Erbschaftsteuer und dergleichen mehr zeigt. Aber das ist der falsche Weg.

Übrigens, von Umwelt- und Entwicklungspolitik ist bei dieser Regierung überhaupt nicht mehr die Rede. Wir stehen zu unserer

globalen Verantwortung an der Schwelle zum neuen Jahrtausend. Wenn eine Weltbevölkerung von sechs Milliarden Menschen – und im neuen Jahrhundert zehn Milliarden und mehr – die Ressourcen nicht erschöpfen, die Umweltbelastungen tragbar halten und nicht zu wenig berechenbaren Explosionen zwischen Arm und Reich führen soll, dann müssen wir eben Brücken bauen für gerechte Lebenschancen in allen Teilen der Welt. Auch das heißt Globalisierung, Globalisierung von Verantwortung und Gestaltungsmöglichkeiten.

Wir wissen, die soziale Marktwirtschaft ist die sozial gerechteste und effizienteste Ordnung. Sie ist von Nutzen für die eine Welt, auch in ihrer ökologischen Dimension, um allen eine Chance auf Teilhabe zu bieten. Die neue soziale Marktwirtschaft muss die Prinzipien von wirtschaftlicher Effizienz und sozialer Gerechtigkeit in globalen Dimensionen wie in globalem Wettbewerb sichern.

Deshalb auch wollen wir ein großes und starkes Europa, ein Europa, das seiner Verantwortung für Frieden und Menschenwürde in dieser einen Welt gerecht werden kann. Die Erweiterung durch den Beitritt unserer osteuropäischen Nachbarn ist ein wichtiger Schritt. Wenn ganz Europa geeint ist, liebe Freunde, dann ist das die beste Vorbereitung auf das kommende Jahrhundert.

Aber die Voraussetzungen müssen die Beitrittskandidaten erfüllen, und über die Grenzen Europas im Sinne politischer Identität müssen wir uns – Eberhard Diepgen hat davon gesprochen – verständigen, ehe wir der Türkei Hoffnungen machen, von denen doch jeder weiß, dass sie auf absehbare Zeit nicht realisierbar sind.

Ich teile die Sorge, dass der Beschluss von Helsinki die Akzeptanz der europäischen Einigung bei den Menschen so wenig befördert wie die Integration unserer türkischen Mitbürger in Deutschland.

Die europäische Einigung nicht aufs Spiel setzen

Liebe Freunde, die Europäische Union muss reformiert werden, damit sie über die Erweiterung nicht in ihrer politischen Substanz zerstört wird. Ein großes und starkes Europa kann nur ein Europa der Subsidiarität sein, mit klarer Zuständigkeitsabgrenzung, damit nicht in einem bürokratischen Einerlei Nähe und Bindung verloren gehen. Wir wollen Europa als eine politische Gemeinschaft auf der Grundlage gemeinsamer Werte, Geschichte und Kultur, also Identität und Dezentralisierung. Dafür hat Helsinki leider wenig, zu wenig gebracht. Es wird jetzt viel vom Historischen dieses Gipfels geredet, aber den großen Sprüchen und Ansprüchen wird man nur gerecht, wenn jetzt wirklich eine ernsthafte, ehrliche Debatte geführt wird, die die Menschen beteiligt und miteinbezieht, eine Debatte über Inhalt, Ziele und Grenzen der europäischen Einigung, damit nicht über die Erweiterung die Substanz der europäischen Einigung aufs Spiel gesetzt und kaputtgemacht wird.

Liebe Freunde, wer Brücken bauen will, braucht festes Fundament. Fundament der Freiheit sind Werte. Der freiheitliche Verfassungsstaat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht schaffen kann. Der Mensch ist auf Gemeinschaft angewiesen. Keiner lebt für sich allein.

Darin begründet sich der zentrale Wert der Familie für eine Zukunft in Freiheit. Familie ist die beste Form lebenslanger Solidarität zwischen Jung und Alt, Stark und Schwach. Sie ist und bleibt der erste und wichtigste Ort für die Ausbildung und Einübung von Werthaltungen und Überzeugungen.

Kinder und Jugendliche brauchen ein Zuhause, sie brauchen Liebe und Zuwendung, sie brauchen Vorbilder und Orientierungsmöglichkeiten. So und nur so können sie

die Werte ausbilden, die sie brauchen, um selbständig zu urteilen und zu entscheiden, um Verantwortung für sich selbst und für andere zu entwickeln.

676 Anträge – wir sind eine offen diskutierende Volkspartei – mitten im Leben

Mit unserer Familienpolitik wollen wir die Freiräume und die Rahmenbedingungen schaffen, die den Wertvorstellungen und Lebensentwürfen der Bürger entsprechen und die die Vielfalt familiärer Lebensweisen aufnehmen. Auf unserem Erfurter Parteitag haben wir uns – daran möchte ich heute erinnern – ein Arbeitsprogramm für unsere vier Jahre Opposition gegeben: zuerst die Familie. Das beraten wir heute. Ich danke Angela Merkel und allen Mitgliedern der Familienkommission für die intensive Vorarbeit, und ich danke allen, die in den zurückliegenden Wochen auf allen Ebenen so intensiv diskutiert haben. 676 Anträge – liebe Freunde, wir sind eine offen diskutierende Volkspartei, mitten im Leben.

Wer Bewährtes erhalten, wer Familie stärken will, der muss neue Wirklichkeiten zur Kenntnis nehmen, er darf nicht mittels vorgefertigter Schablonen oder Ideologien an der gesellschaftlichen Entwicklung vorbeilaufen. Nur der Wandel ist beständig.

Wir wollen sich verändernde Lebenswirklichkeiten wahrnehmen, angemessen darauf reagieren und für die Familienpolitik zukunftstaugliche Leitlinien entwerfen. Für eine Gesellschaft der Freiheit ist es von herausragendem Interesse, dass Kinder verantwortlich großgezogen werden. Wir wollen alle Formen familiären Zusammenlebens stärken. Deswegen heißt es im Leitantrag: Familie ist überall dort, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern Verantwortung tragen. Das schließt übrigens ein, dass wir nach wie vor die dauerhafte Ehe als beste Grundlage dafür anse-

hen, dass Partnerschaft zwischen Mann und Frau und zwischen Eltern und Kindern dauerhaft gelebt werden kann.

Familie fördern heißt verantwortlich gelebte Partnerschaften unterstützen.

Das heißt aber auch: Wir brauchen wieder mehr Konzentration auf Erziehung. Kinder und Jugendliche wollen wir fördern und zugleich fordern. Es ist die Aufgabe der Erziehung, ihnen Möglichkeiten und Chancen für ein eigenständiges Leben zu eröffnen. Das geschieht nicht dadurch, dass man sie umfassend betreut und ihnen alles abnimmt, sondern dadurch, dass man ihnen mit Augenmaß Regeln beibringt, Grenzen setzt und Talente fördert. Es liegt, wie ich finde, eine tiefe Weisheit in dem amerikanischen Satz: „Wir sollten uns weniger bemühen, den Weg für unsere Kinder vorzubereiten als unsere Kinder für den Weg.“ Das ist anstrengend für Familien, Eltern und Erzieher. Aber es bedeutet eine bessere Vorbereitung auf die Zukunft, in der unsere Kinder leben werden.

Deshalb unser Konzept des Familiengeldes

Wir sollten über Familie und Kinder nicht nur unter ökonomischen Aspekten sprechen. Geld ist wichtig. Deswegen haben wir in der CDU das Konzept des Familiengeldes entwickelt, das das Kinder- und das Erziehungsgeld zusammenfasst und Familien besser unterstützt. Das ist zukunftsorientiert. Wir wollen, dass Kinder in einer gesicherten Perspektive aufwachsen und dass die Erziehungsleistung der Eltern anerkannt



wird. Deswegen plädieren wir für eine Neugestaltung des Erziehungsurlaubs. Wir prüfen auch, ob innerhalb einer Gesamtkonzeption der Rentenreform neben dem Faktor der gestiegenen Lebenserwartung Kinder als zweite demographische Komponente berücksichtigt werden können.

Vor allem wollen wir uns dafür einsetzen, dass eine Entscheidung für die Familie leichter als jetzt fällt und dass dies nicht zu einer deutlichen finanziellen Verschlechterung im Vergleich zu Kinderlosen führt.

Aber Geld allein ist nicht alles. Wir hören ja andauernd davon, dass Kinder eine wirtschaftliche Belastung sind, gar ein Armutsrisiko darstellen, dass durch sie der Lebensstandard eingeschränkt wird und Familien schlechter dastehen als kinderlose Paare. Es geht mir nicht darum, das alles abzustreiten oder abzutun. Vielmehr geht es mir darum, dass dies allenfalls die halbe Wahrheit ist. Denn Kinder zu haben – das sollten wir als Gesellschaft wieder begreifen lernen –, ist etwas Schönes. Sie

bedeuten Reichtum; sie machen Freude. Elternarbeit ist nicht nur Last, sondern auch eine Lust.

Wir als CDU sollten öfter darauf hinweisen, und zwar dort, wo Verhalten und Einstellungen geprägt werden: in der Öffentlichkeit, zu Hause bei den Nachbarn, im Verein und am Arbeitsplatz. Auch so schaffen wir ein besseres Klima für Kinder und für Familien.

Es fehlen immer noch Möglichkeiten der Kinderbetreuung

Dazu gehört aber auch mehr Kinder- und Familienfreundlichkeit in unserer Gesellschaft. Ein Schlüssel dazu ist die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Viele Familien wünschen sich heute, dass beide Elternteile in Erwerbsberufen arbeiten können. Dem gilt es von unseren Einrichtungen her Rechnung zu tragen. Hinzu kommt die größer gewordene Scheu, sich längerfristig zu binden. Diese hängt vielleicht nicht nur mit der viel beschworenen Individualisierung zusammen, sondern auch mit gestiegenen Mobilitätserwartungen und Anforderungen der Wirtschaft. Es mangelt auch immer noch an Möglichkeiten der Betreuung von Kindern. Da ist seitens der Politik und auch seitens der Wirtschaft, die mit in der Verantwortung steht, noch viel zu tun.

Es geht um die Schaffung von mehr Wahlmöglichkeiten in den verschiedenen Phasen des Lebens. Eine an Freiheit und Gerechtigkeit orientierte Politik darf nicht Lebensmodelle vorschreiben, sondern muss Rahmenbedingungen setzen und Gestaltungsräume für die Menschen schaffen. Wenn wir in Richtung von Wahlmöglichkeiten denken, dann, liebe Freunde, zeigt das, dass wir Freiheit und Verantwortlichkeit ernst nehmen, dass wir den Menschen etwas zutrauen. Deswegen steht

unsere CDU für neue Phantasie, für kreative Lösungen, für Zukunftsfähigkeit.

Das gilt übrigens genauso für Schule und Hochschule, für die Weiterentwicklung unseres Bildungssystems. Ich will daran erinnern: Das ist der nächste Punkt unseres Erfurter Arbeitsprogramms. Daran arbeitet Annette Schavan mit ihrer Kommission. Das wird Gegenstand unseres Parteitages im April nächsten Jahres sein.

So, liebe Freunde, arbeiten wir inhaltlich, zielgerichtet, abgesprochen, Schritt für Schritt. Die Reform des Sozialstaats steht auf der Agenda und die Neustrukturierung unserer föderalen Systeme durch mehr Subsidiarität und Bürgernähe statt immer mehr Bürokratie und Zentralismus.

Auch das möchte ich sagen: Die Erfolge dieses Jahres beruhen nicht nur – vielleicht überwiegend, aber ganz gewiss nicht nur – auf der Enttäuschung über Rot-Grün. Die Erfolge dieses Jahres haben vielmehr etwas mit unserem klaren Kurs zu tun, den wir in Grundsatzfragen genauso halten wie in der Steuerpolitik, bei der inneren Sicherheit und in Europa.

Wir werden unsere gestärkte Position im Bundesrat nicht zur Obstruktion missbrauchen wie einst Lafontaine samt Schröder und Eichel. Deshalb haben wir der Regierung trotz ihres Rentenbetrugs angeboten, ohne Vorbedingungen gemeinsam die Altersversorgung zu sichern. Alleine schaffen die das ja sowieso nicht. Noch einmal vier Jahre kann die Rentenreform nicht warten, nachdem Schröder unseren richtigen Reformansatz zurückgenommen hat. Aber genauso klar sage ich auch: Die Rente mit 60 geht ganz bestimmt in die falsche Richtung. Das ist mit uns nicht zu machen.

Liebe Freunde, wir stehen zu unserer Verantwortung, Tag für Tag. Im Augenblick haben wir Gegenwind.

Wolfgang Schäuble und Angela Merkel sind sich einig: Unsere politische Aufgabe ist, Politik zu machen für unser Land, kraftvolle Opposition zu sein und bald wieder Regierungsverantwortung auch im Bund zu übernehmen.



Aber das wirft uns nicht um. Wenn wir schnell Klarheit schaffen und aus Fehlern Konsequenzen ziehen, legen wir Grund für neues Vertrauen. Unser Blick geht nach vorn. Wir müssen unsere Zeit nutzen. Wir sind schließlich nur noch knapp drei Jahre in der Opposition.

An der Schwelle zum neuen Jahrtausend wollen wir die Chance für eine Ära der Freiheit nutzen. Alle sollen daran teilhaben können. Wir bauen Brücken zwischen Ost und West sowie für eine faire Teilhabe aller am Wissen, für Chancen auf Arbeit, für eine Partnerschaft zwischen Mann und Frau, für Verantwortung zwischen den Generationen, für gerechte Lebenschancen in allen Teilen der Welt und auch für einen Ausgleich von Mensch, Natur und Technik. So stimmt die Richtung. Darauf gründet Vertrauen. Das ist die Mitte, die alte wie die neue.

Das übrigens meinen wir, wenn wir in unserem Zukunftsprogramm wie in den Erfurter Leitsätzen davon sprechen, die modernste Gesellschaft Europas schaffen zu wollen, und zwar durch mehr Wahlmöglichkeiten für alle Bürger sowie durch viel-

fältige Chancen, Leistung und Innovation, aber auch durch Solidarität mit und Förderung von Benachteiligten, durch Toleranz und Gemeinsinn sowie durch Verantwortung für andere und für das Gemeinwohl. Ein klarer Kurs ist die Voraussetzung für Vertrauen. Ehrlichkeit und Ernsthaftigkeit gehören dazu. Unsere Zukunft liegt in der Freiheit als Teilhabe-, Chancen- und als Verantwortungsgemeinschaft. Nichts anderes heißt „Mitten im Leben“.

Rot-Grün kann es nicht

Liebe Freunde, am Ende eines Jahres mit vielen Erfolgen und an der Schwelle zum neuen Jahrtausend stehen wir vor großen Herausforderungen und Chancen. Die Union wird gebraucht. Rot-Grün kann es nicht. Deshalb muss von diesem kleinen Parteitag die Botschaft ausgehen: Wir stehen zu unserer Pflicht. Wir arbeiten für die Zukunft unseres Landes. Wir haben ein festes Fundament und ein klares Konzept. So arbeiten wir weiter, und so, liebe Freunde, werden wir siegen. – Herzlichen Dank.

(Langanhaltender Beifall)

Familienpolitik im Mittelpunkt

Wer vorhergesagt hat, der Kleine Parteitag der CDU in Berlin stünde ganz unter der Überschrift Parteispender, der irrte gewaltig. Im Mittelpunkt stand eindeutig die Familienpolitik, mit der sich die CDU trotz großer Erfolge in der Vergangenheit seit einiger Zeit schwer getan hat.

Deutschlandfunk

Wohltuend normal

Unter Federführung von Angela Merkel hat eine Arbeitsgruppe in der CDU innerhalb eines Jahres geleistet, was der Partei zuvor jahrelang nicht gelungen ist: Sie ist mit ihrer Familienpolitik in der gesellschaftlichen Realität angekommen. Ohne ideologische Überhöhung der Familie, ohne Scheuklappen vor anderen Lebensentwürfen als der Ehe, auch ohne erhobenen Zeigefinger gegen gleichgeschlechtliche Partnerschaften will die CDU für eine kinderfreundliche Politik werben – das klingt wohltuend normal.

Stuttgarter Zeitung

Überzeugend

Unter der schwung- und taktvollen Regie von Angela Merkel hat die CDU ein Programm entwickelt, das Antworten auf neue Fragen bietet, dabei aber nicht die

Grundlage dessen verrät, was die Partei im Innersten zusammenhält. Es ist ein klares Bekenntnis zur klassischen Familie. Und dieses Bekenntnis ist insofern glaubwürdig, als es Anregungen und Forderungen enthält, wie die Gesellschaft die Erziehungsleistung honorieren oder deren Einbindung in ein Berufsleben erleichtern kann.

Kommentare

An der familienpolitischen Kraft des Papiers kann also kein Zweifel bestehen. Es zeugt zudem von der gelassenen Einsicht, dass man sich Familienbilder nicht malen kann. Der erste Schritt der Erneuerung war überzeugend.

Rheinische Post

Bewegung

Mit Blick auf die CDU-Beschlüsse von Berlin bleiben

– bei allem Respekt vor der neuen Kursbestimmung – viele Fragen offen. Die vielzitierte Besserstellung der Familien ist am Ende eine Sache von Helmlern und Pfennigen; und das sind die CDU-Beschlüsse noch undeutlich.

Auch der Erziehungsbonus für Eltern in der Rentenversicherung sieht reichlich unscharf aus. Sollen am Ende höhere Renten ausgezahlt werden? Sollen die Beiträge geringer sein? Oder soll es bei privater Vorsorge einen zusätzlichen Steuervorteil geben?

Wenn aus all dem eine zündende Wahlkampfformel werden soll, muss die CDU noch kräftig nachbessern. Aber immerhin: Die Starre, in die die Partei verfallen zu sein schien, ist aufgebrochen.

Hannoversche Allgemeine

Familie zwischen Lust und Last

So lautet das Thema einer Veranstaltung der Politischen Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung am 25. Januar 2000.

An einer Talkrunde mit Generalsekretärin Angela Merkel nimmt unter anderem Prof. Dr. Wassilos E. Fthenakis teil.

Tagungsort: Konrad-Adenauer-Stiftung, Tiergartenstraße 35, 10785 Berlin. 18-20 Uhr

Die Reden von Wolfgang Schäuble und Angela Merkel, der Beschluss und Auszüge des „Kleinen Parteitags“ auf Video finden Sie unter <http://www.cdu.de/pt-berlin99.htm>

Angela Merkel:

Familie ist überall dort, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern Verantwortung tragen

Dieser Kleine Parteitag zur Familienpolitik findet wenige Tag vor einem symbolträchtigen Jahreswechsel statt. Der Wechsel zum Jahr 2000 ist ein besonderer. Vor solchen Jahreswechslern blickt man zurück auf das, was war, und natürlich schaut man auch voraus auf das, was kommen mag, mit Neugier, mit Hoffnung, sicher mit vielen guten Vorsätzen – vielleicht auch ein wenig mit Bangen.

Wird es gut? Schaffe ich das, was ich mir vornehme? Welche Höhen und welche Tiefen müssen wir durchleben? Kommen wir voran? Diese Fragen haben wir uns als CDU auch Anfang dieses Jahres 1999 gestellt. Einige, die es nicht so gut mit uns gemeint haben, hätten es sicherlich ganz gerne gesehen, wenn wir nach der Bundestagswahl einfach den Kopf in den Sand gesteckt oder uns zerfleischt hätten. Doch diesen Gefallen haben wir diesen Leuten nicht getan. Nein, wir haben sie Lügen gestraft. Nicht Angst, nicht Streit oder Mutlosigkeit waren angesagt, sondern ganz einfach Aufbruch '99. Das war unser Motto für dieses Jahr. Darauf können wir stolz sein.

Aber, liebe Freunde, das war auch kein blindes Vorgehen. Das war kein trotziges „Weiter so!“ oder ein bloßes „Jetzt erst recht!“. Dieses Motto war unser ganz selbstbewusster Anspruch. Wir, die Christlich Demokratische Union Deutschlands, sind wieder da. Wir sind eine großartige Partei. Wir sind im wahrsten Sinne des Wortes in Tagen der Siege wie auch in Tagen der Niederlagen eine Verantwortungsgemeinschaft.

Wir, das sind 640.000 Mitglieder. Seit 1998 sind Tausende hinzugekommen. Das ist großartig. Auf diesem Weg müssen wir fortfahren.

Wir, das sind diejenigen, die 1990 mit der deutschen Einheit dazugekommen sind. Wir, das sind 10.000 Ortsverbände und über 300 Kreisverbände. Diese Verbände haben 676 Anträge zu unserem Schwer-

Bericht der Generalsekretärin Angela Merkel – zugleich Einführung in den Antrag des Bundesvorstands

punkthema vorgelegt. So viele Anträge, liebe Freunde, hat es bei einem kleinen Parteitag seit 25 Jahren nicht mehr gegeben. Darauf sind wir stolz.

Dafür bin ich Ihnen allen, die Sie sich an diesen Anträgen beteiligt haben, von ganzem Herzen dankbar. Denn damit haben wir unser gemeinsames Motto „Aufbruch '99“ in diesem Jahr Wahrheit werden lassen. Wir überstehen gemeinsam schwierige Zeiten. Wir erringen gemeinsam unsere Siege. Das heißt, Volkspartei der Mitte und eine Verantwortungsgemeinschaft zu sein.

Wir haben uns auf dem Erfurter Parteitag ein ehrgeiziges Ziel gesetzt: Wir wollen gemeinsam die modernste Gesellschaft Europas schaffen, wir wollen gemeinsam

die modernste Partei Europas werden, aber nicht einfach so, nicht beliebig, nicht unser Fähnchen in den Wind hängen, sondern in einem ganz festen Bewusstsein, nämlich in dem Bewusstsein, dass Werte bei uns Zukunft haben.

Partei der Familie

Liebe Freunde, auf dieser Grundlage haben wir in diesem Jahr einen Diskussionsprozess mit dem Leitmotiv „Projekt 21“ begonnen, der uns schrittweise zur Bundestagswahl 2002 führen soll. Als erstes Etappenziel beraten wir heute einen familienpolitischen Antrag. Wir tun dies in dem Bewusstsein, dass wir auch in Zukunft unserem Anspruch verpflichtet sein müssen, die Partei der Familie in Deutschland zu sein.

Die Sozialdemokraten, liebe Freunde, machen es sich sehr einfach. Sie haben bei ihrem Parteitag vor ein paar Tagen auf ihr Rednerpult das Motto „Zukunft braucht Mut“ geschrieben. Dagegen ist zunächst einmal nichts zu sagen. Aber Mut allein ist zu wenig, reicht nicht aus, ist richtungslos. Zukunft braucht viel mehr. Zukunft braucht eine Richtung. Zukunft braucht einen Kompass. Rot-Grün ist richtungslos. Genau deshalb ist 1999 ein verlorenes Jahr für Deutschland.

Die CDU dagegen ist eine Partei mit einer stolzen Tradition, mit Werten, die im christlichen Verständnis vom Menschen ihren Grund haben, mit einem ganz klaren Kompass für Westbindung, für deutsche Einheit, für europäische Einigung, für Markt und Menschlichkeit, für die neue soziale Frage. Dieses Erbe wollen wir zukunftsfähig machen, wollen wir ins nächste Jahrtausend überführen. Deshalb heißt das Motto für heute: Brücken bauen.

Die Kinder, die in diesen Tagen geboren werden, werden die Bürger des 21. Jahr-

hunderts sein. Politik im 21. Jahrhundert zu gestalten, das verlangt von den politischen Parteien, Antworten auf veränderte Bedingungen zu geben. Weltweite Wirtschafts- und Finanzmärkte stellen in Zukunft die Politik der Nationalstaaten vor völlig neue Aufgaben und Herausforderungen. Wer wird in Zukunft wo, an welcher Stelle und für wen Entscheidungen treffen? Das sind die zentralen Fragen der Politik. Je weiter die Entscheidungsräume gefasst werden, je mehr sich die Märkte erweitern, um so wichtiger wird es in Zukunft sein, eine Frage zu beantworten: Was ist die Rolle des Einzelnen in der Gesellschaft, in welchen Wertvorstellungen lebt der Einzelne, wo ist seine Heimat, wo ist er verankert?

Wer diese Fragen unbeantwortet lässt, wird den Menschen in unserer Gesellschaft keine Orientierung geben können. Wir wollen das aber. Uns leitet dabei vor allem das christliche Verständnis vom Menschen, ein Verständnis, das die Würde des Einzelnen für unteilbar erklärt, das Partnerschaft, Verlässlichkeit und Treue, Zuwendung und Orientierung für die Jungen sowie Solidarität gegenüber den Alten als wesentliche Maßstäbe kennt. Das christliche Verständnis vom Menschen mutet dem Einzelnen Verantwortung zu und definiert zugleich die Verantwortung der Gesellschaft für ihre Mitglieder.

Neue Antworten auf neue Fragen

Die Familie ist dabei eine der tragenden Säulen unserer Gesellschaft. In der Familie wachsen Kinder auf, in ihr werden Alte behütet. Familien spiegeln den Wandel und den Lauf menschlichen Lebens wider. 80 Prozent der Menschen in unserer Gesellschaft leben in Familien. Das heißt, dass auch die Mehrzahl der 640.000 Mitglieder in unserer Partei eigene Erfahrungen mit dem Leben in einer Familie mitbringt. Ich glaube, das ist auch die Ursache dafür, dass wir hier so viele Anträge

Angela Merkel: Die Familie ist eine der tragenden Säulen unserer Gesellschaft. In der Familie wachsen Kinder auf, in ihr werden Alte behütet. Familien spiegeln den Wandel und den Lauf menschlichen Lebens wider.

80 Prozent der Menschen in unserer Gesellschaft leben in Familien. Das heißt, dass auch die Mehrzahl der 640.000 Mitglieder in unserer Partei eigene Erfahrungen mit dem Leben in einer Familie mitbringt.



haben. 676 Anträge zeugen auch von den verschiedenen Vorstellungen zu diesem Thema. Deshalb sagt unsere Familienpolitik unendlich viel über unsere Vorstellungen von der Gesellschaft der Zukunft aus.

Wer neue Antworten auf neue Fragen finden will, wie wir uns das in den Erfurter Leitsätzen vorgenommen haben, der muss den Wandel der gesellschaftlichen Wirklichkeit erst einmal richtig beschreiben. Wir haben es in diesem Jahr 1999 erlebt. Die Sozialdemokraten sind völlig unfähig dazu, den Wandel zu beschreiben. Wir haben es bei der Gesundheitsreform gesehen, bei der Steuerreform: Stets mehr staatliche Belastungen, mehr staatlicher Dirigismus. Das sind mit Sicherheit die falschen Antworten für die Zukunft.

Deshalb, liebe Freunde, haben wir uns für unsere Familiendiskussion das Ziel gesteckt, die veränderte Wirklichkeit zuerst einmal wahrzunehmen. In verschiedenen Anhörungen haben wir Experten befragt.

Vieles hat sich in unserer Gesellschaft verändert. Es gibt mehr ältere Menschen und

weniger Kinder. Fast paradoxerweise hat eine Entwicklung zu mehr Wohlstand und größerer Individualisierung zur Folge, dass die Entscheidung für Kinder schwerer zu fallen scheint. Familien leben heute in Konkurrenz mit anderen Lebensentwürfen.

Besonders erscheint es so, dass die höhere Qualifizierung von Frauen und Männern dazu führt, dass Entscheidungen für Kinder in einem späteren Lebensalter oder gar nicht fallen. Auch hat die Zahl der Alleinerziehenden zugenommen. Jede dritte Ehe in unserer Gesellschaft wird geschieden, und in 55 Prozent der Scheidungen sind minderjährige Kinder betroffen. Die Beziehungsgeflechte werden durch Alleinerziehende und die zunehmende Zahl von Scheidungen komplizierter. Auch die Arbeitswelt führt dazu, dass Familien nicht mehr in einem engen Netz von Verwandtschaftsbeziehungen leben.

Ebenso hat sich die Partnerschaft zwischen Mann und Frau in Ehe und Familie verändert. Männer wollen sich

stärker um ihre Rolle als Väter kümmern. Frauen wollen immer mehr nicht einseitig auf die Rolle der Mutter und Ehefrau festgelegt sein, sondern Beruf und Familie vereinbaren. Junge Menschen verstehen Partnerschaft heute so, dass sie in der Ehe eigene Wege gemeinsam gehen wollen.

Das Verständnis einer Partei von Familienpolitik geht in die Kernbereiche unseres Grundverständnisses vom Menschen und der Gesellschaft. Dies ist deshalb so, weil die Entscheidung für Kinder einerseits eine private Entscheidung ist und auch in Zukunft sein wird. Der Staat kann und will den Menschen in einer freien und pluralen Gesellschaft nicht vorschreiben, wie sie leben sollen oder zu wollen haben. Andererseits haben wir als politische Partei eine klare Vorstellung von der Gesellschaft, in der wir leben wollen. Deshalb wollen wir den Menschen für ihr Leben Anreize geben. Ehe und Familie gehören dazu.

Dabei ist uns bewusst: In keinem anderen politischen Bereich gehen individuelle Entscheidungen und staatliche Möglichkeiten in so widersprüchlicher Art und Weise Hand in Hand. Einerseits haben Eltern und Kinder Erwartungen an die Gesellschaft. Das berührt das Verhältnis von Menschen mit Kindern und Kinderlosen in unserer Gesellschaft. Gesellschaftlicher Fortschritt darf auch nicht dadurch erkauf werden, dass diejenigen immer mehr am materiellen Wohlstand teilhaben, die keine Kinder haben. Andererseits haben aber genauso die Mitglieder einer Gesellschaft berechnete Erwartungen an die Eltern. Die private individuelle Entscheidung von Menschen für Kinder bedeutet Verantwortung für diese Kinder.

Diese Verantwortung kann niemals durch den Staat alleine übernommen werden. Unser Verständnis vom Menschen – auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes – bedeu-

tet deshalb immer ein gegenseitiges Geflecht von Erwartungen des Einzelnen an die Gesellschaft und der Gesellschaft an den Einzelnen.

Dann wird auch folgendes klar: Kindern fordern ihre Eltern, und das zu Recht. Die Entscheidung für Kinder bedeutet, dass Eltern Zeit, Liebe und Zuwendung für ihre Kinder aufbringen. Diese Grundeinstellung spiegelt sich deshalb auch in unseren Leitideen für eine Förderung für Familien wider. Wenn es um die finanzielle Förderung von Familien geht, wird immer gelten: Der Staat kann den Familien nicht alle finanziellen Belastungen abnehmen. Er muss dies auch nicht tun. Die Erziehung von Kindern ist und bleibt vorrangig eine Aufgabe der Eltern, die nicht vollständig in Mark und Pfennig aufgewogen werden kann.

Familie ist eine lebenslange Aufgabe

Aber wir sagen genauso – und das beschreibt noch einmal dieses interessante Spannungsfeld von individueller Verantwortung und staatlichen Aufgaben: Der Staat fördert Familien mit Kindern in den ersten Lebensjahren besonders stark, weil hier der Erziehungsbedarf sehr hoch und eine volle Vereinbarkeit von Beruf und Familie schwierig ist. In den späteren Lebensjahren fließt ein Teil der staatlichen Familienförderung in die Betreuung von Kindern und die Bildungseinrichtungen.

Wenn wir von der Förderung von Familien sprechen, dann stellt sich natürlich als erstes die Frage: Welchen Familienbegriff legen wir denn unserer Politik überhaupt zugrunde? Liebe Freunde, wir haben in der Familien-Kommission lange um diesen Begriff gerungen.

Wir haben gesagt: Familie ist überall dort, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern Verantwortung tragen.

Diese Familiendefinition hat in der Partei eine ganze Zahl von Diskussionen ausgelöst, und das ist gut so. Aber eins ist klar: Dieser Familienbegriff unterscheidet sich deutlich von dem der Sozialdemokraten. Bei denen heißt es nämlich ganz lapidar: „Familie ist, wo Kinder sind.“

Für uns sind dagegen der Begriff der Verantwortung und die gelebte Verantwortungsgemeinschaft Teil des Verständnisses von Familie.

Weder im Kindergarten noch im Kinderheim, weder in der temporären Wohngemeinschaft noch anderswo, wo Kinder sind, ist schon Familie. Familie ist erst und nur dort, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern dauerhaft Verantwortung übernehmen.

Familie ist auch nicht nur die Erziehung von kleinen Kindern. Familie ist vielmehr eine lebenslange Aufgabe. Familie erstreckt sich über die Generationen und ist daher eine dauerhafte Einbindung in ein ganz festes Beziehungsgeflecht.

Wir sagen weiter: Partnerschaft und Gleichberechtigung von Mann und Frau sind heute grundlegende Voraussetzungen für eine dauerhafte Ehegemeinschaft. Die auf Dauer angelegte Ehe ist die beste Grundlage dafür, dass Vater und Mutter partnerschaftlich füreinander und für ihre Kinder Verantwortung übernehmen und gemeinsam zum Lebensunterhalt beitragen. Deshalb ist der besondere Schutz des Staates, unter den das Grundgesetz Ehe und Familie stellt, nach wie vor gut begründet. Dabei muss es bleiben.

Liebe Freunde, in diesem Rahmen – aber auch nur in der Abgrenzung zur Familie – stehen dann auch unsere Aussagen zu nichtehelichen und gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften.

Investition von Zeit, Liebe, Nerven und Kraft

Wer Verantwortung übernimmt, investiert Zeit, Liebe, Nerven und Kraft. Er wirkt damit mit an der Gestaltung der Gesellschaft. Damit kommen wir zu einer der schwierigsten Fragen des 21. Jahrhunderts: Wir wollen, dass auch unter globalisierten Wirtschaftsbedingungen Antworten auf neue soziale Fragen gefunden werden. Wie sieht es zum Beispiel aus mit den Möglichkeiten der Teilhabe von Menschen an unserer Gesellschaft? Damit gelangen wir mitten in eines der spannendsten Felder, nämlich zu der Frage: Welche verschiedenen Formen von Arbeit kennen wir?

Unsere heutige Gesellschaft ist ganz stark durch die klassische Erwerbsarbeit bestimmt. Aber wir wissen, dass die gewohnte durchgängige, lebenslange Erwerbsbiographie in einem Berufszeitmodell ein Modell der Vergangenheit sein wird. In der familienpolitischen Diskussion der 70er Jahre hat die CDU in diesem Zusammenhang den Begriff der Wahlfreiheit geprägt. Wahlfreiheit sollte damals zum Ausdruck bringen, dass sich Frauen und Männer frei entscheiden können, ob sie ihr Leben in der Familie als Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit oder allein in der Erwerbsarbeit gestalten wollen.

Damit hatte die CDU gegenüber den Sozialdemokraten einen ganz visionären Schritt vollzogen. Wir haben nämlich verschiedene Formen von Arbeit definiert und nicht, wie es die Sozialdemokraten getan haben, die Gleichberechtigung einfach über die Erwerbstätigkeit der Frau festgelegt.

Heute müssen wir feststellen: Zwar trauen viele jüngere Frauen der CDU zu, dass sie die Familienarbeit besonders anerkennt. Sie machen aber Fragezeichen, wenn es darum geht, ob wir uns genauso intensiv

für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie einsetzen. Deshalb will ich noch einmal ganz klar sagen, weil es sich hier um ein zentrales Feld der Diskussionen handelt: Es geht nicht darum, wertend zwischen Erwerbs- und Familienarbeit unterscheiden zu wollen. Es geht um etwas anderes: Manche Eltern würden gerne auf Erwerbsarbeit verzichten und sich für einige Zeit der Familienarbeit widmen, können dies aber aus finanziellen Gründen nicht. Andere würden die Vereinbarkeit von Beruf und Familie leben wollen, können dies aber nicht, weil Betreuungseinrichtungen für Kinder fehlen oder andere Gründe ausschlaggebend sind. Deshalb hat sich die vollkommene Wahlfreiheit als eine real vielleicht nie lebbar Situation herausgestellt.

Es muss also darum gehen, die verschiedenen Wahlmöglichkeiten zu erweitern und zu verbessern.

Das Familiengeld

Wir haben uns gerade aus diesem Grund in unserem Leitantrag dafür entschieden, in Zukunft bis zum sechsten Lebensjahr des Kindes eine neue finanzielle Förderung einzuführen: das Familiengeld. Das Familiengeld soll aus dem bisherigen Kindergeld und Erziehungsgeld bestehen. Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub, den wir in Zukunft Familienzeit nennen wollen, sind übrigens zentrale Größen christlich-demokratischer Familienpolitik – genauso wie die Anerkennung von Erziehungszeiten im Rentenrecht.

Wir können heute mit Stolz sagen, dass unsere Ideen von Erziehungsurlaub, Erziehungsgeld und der Anerkennung von Rentenzeiten für die Erziehung von Kindern inzwischen von allen politischen Parteien geteilt werden. Das ist ein Erfolg der CDU Deutschlands, den uns keiner nehmen kann.

Nun wollen wir dieses Familiengeld weiterentwickeln. Wenn ein einkommensabhängig gezahltes Familiengeld in Zukunft Maßstab für die Familienförderung in den sechs Lebensjahren sein soll, dann schließt sich daran sofort eine kontroverse Diskussion in unserer Partei an. Welchen Stellenwert soll dieses Familiengeld haben? Wollen wir die Familienarbeit in Form eines Gehaltes honorieren? Ich persönlich habe die Sorge, dass wir dadurch einer „Kommerzialisierung“ der Familie das Wort reden würden, was nicht unsere Sache ist.

Wenn die Entscheidung für Kinder eine freiwillige ist, so ist die Bezahlung der Familienarbeit in Form eines Gehaltes aus meiner Sicht eine schwierige Angelegenheit. Manche fürchten auch – das muss man ebenfalls ernst nehmen –, dass eine solche Subjektförderung der Familien einen Abbau der Betreuungseinrichtungen von Kindern zur Folge hätte, was unserem Ziel einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie genau entgegensteht.

Trotzdem ist natürlich zu hinterfragen, in welcher Weise wir sowohl in den sozialen Sicherungssystemen als auch hinsichtlich der Bewertung der Familienarbeit eine Gleichwertigkeit von Familienarbeit und Erwerbsarbeit schaffen können; denn wir sagen auch: Familienarbeit und Erwerbsarbeit sollen gleichwertig sein.

Teilhabegesellschaft für alle

So gibt es in diesem Kreise, insbesondere vom Hessischen Landesverband, einen Vorschlag, das Familiengeld mittelfristig zu einem Bruttoentgelt weiterzuentwickeln. Wir können die Diskussion in diesem Rahmen zwar führen. Aber meine Meinung ist klar: Ich glaube, dass die Frage, wie die verschiedenen Formen von Arbeit im nächsten Jahrhundert zu bewerten sind, eine der spannendsten ist, die wir in der Union diskutieren müssen, wenn wir von einer Teilhabegesellschaft für alle sprechen wollen.

Die Rückkehr ins Erwerbsleben erleichtern

Ich sage aber auch: Wir werden es nicht zulassen, dass es in unserer Partei eine Aufteilung nach folgendem Motto gibt: Die einen müssen das Geld verdienen, was die anderen ausgeben. Wir werden die Teilhabegesellschaft des 21. Jahrhunderts nur schaffen, wenn wir alle aus unseren gewohnten und manchmal auch lieb gewonnenen Schützengräben ein Stück weit herauskommen. Die Stellungsgefechte des vergangenen Jahrhunderts werden uns bei der Lösung der Fragen von morgen mit Sicherheit nicht helfen.

Deshalb glaube ich, dass neben dem Verhältnis von Familien- und Erwerbsarbeit als ein weiteres ganz wichtiges Feld die Frage ist, wie nach einer Familienzeit die Rückkehr in das Erwerbsleben stattfinden kann. Bis heute ist es so, dass wir zwar von der Gleichwertigkeit von Familienarbeit und Erwerbsarbeit sprechen. Wenn aber diejenigen, die Erziehungsarbeit geleistet haben, wieder in die Erwerbsarbeit zurückkehren wollen, werden sie behandelt, als handele es sich bei ihnen um Neueinsteiger. Dies kann nicht die Gleichwertigkeit beider Arbeiten sein. Das muss sich ändern.

Wir machen in unserem Papier eine ganze Reihe von Vorschlägen, wie wir diesen Wiedereinstieg ins Berufsleben verbessern können und wie wir mehr Flexibilität in den Arbeitsverhältnissen schaffen können. Ich sage Ihnen voraus: Die Menschlichkeit unserer Gesellschaft wird auch daran zu beurteilen sein, ob wir Flexibilität immer nur dann fordern, wenn es uns hinsichtlich der Erwerbsarbeit passt, oder ob Flexibilität als ein Begriff verstanden wird, der für das gesamte Leben und für alle Lebensbereiche gelten muss.

Eigenständige Sicherung der Frau

Dies führt uns zu der Frage hinsichtlich der Zukunftsfähigkeit unserer sozialen Sicherungssysteme. Wir haben heute bereits in der Arbeitslosenversicherung und in der Krankenversicherung unterschiedliche Fördermaßstäbe für Menschen mit und ohne Kinder. Im Rentenrecht haben wir richtigerweise – die CDU hat dies immer vorangetrieben – die Anerkennung von Erzie-



hungszeiten verbessert. Als Erziehender für die nach 1991 geborenen Kinder erhält man einen Rentenanspruch von 150 DM pro Jahr. Das ist eine gewaltige Verbesserung. Die eigenständige Sicherung der Frau, die meistens heute noch die Erziehungsarbeit leistet, bleibt trotzdem eine zentrale politische Aufgabe und soll verbessert werden.

Wir müssen natürlich auch die begrenzten finanziellen Ressourcen im Auge haben. Wenn wir Maßnahmen,

wie zum Beispiel das Familiengeld, umsetzen, stellt sich immer wieder die Frage, ob es nicht auch Möglichkeiten gibt, Umverteilungen von denen mit Kindern zu denen ohne Kinder vorzunehmen.

Ich weiß, dass diejenigen, die die Diskussion um das Rentensystem seit langem verfolgen, größte Sorgen haben, ob dieses Rentensystem, das vielerlei Belastungen ausgesetzt ist, nicht überlastet wird. Ich sage aber auch: Wenn wir an der Schwelle zu einem neuen Jahrhundert die Zukunft unserer sozialen Sicherungssysteme diskutieren, dann darf es aus meiner Sicht keine Tabus geben.

Deshalb haben wir aus der Arbeit der Familienkommission heraus zwei Prüfaufträge an die Sozialstaatskommission, geleitet von Christian Wulff, weitergeleitet und sie gebeten, diese beiden Prüfaufträge im Sinne der Familien redlich und vernünftig, aber auch weiterführend zu diskutieren.

Erneuerung schafft Mehrheiten

Familienpolitik ist viel mehr als Politik der Förderung mit Geld. Deshalb ist in unserem Antrag die Verbesserung der Erziehungsfähigkeit von Eltern einer der ganz wichtigen Schwerpunkte. Was an präventiver Arbeit durch Beratung, Hilfestellung und Bildung im Bereich von Erziehung geleistet wird, braucht der Staat später an Fehlverhalten nicht wieder gutzumachen. Wir dürfen nicht die Augen verschließen vor den vielen Fällen von Drogen, Gewalt und Missbrauch von Kindern. Wir dürfen in unserer Gesellschaft nicht einfach wegschauen.

Die Anforderungen an Eltern, die heute Kinder erziehen, sind trotz materiellen Wohlstands an vielen Stellen gewachsen. Deshalb darf die Inanspruchnahme von Beratung nicht etwa mit dem Versagen bei der eigenen Erziehungsleistung gleichgesetzt werden. Wir müssen einen Beitrag

dazu leisten, dass Bildungsangebote und Beratung zur Erziehung zur Normalität gehören, wann immer – und nicht erst dann, wenn sozusagen das Kind schon in den Brunnen gefallen ist – Eltern diese in Anspruch nehmen.

Liebe Freunde, in unserem Antrag zeigen wir gerade am Beispiel der Familie, welche Herausforderungen uns das 21. Jahrhundert bringen wird. Wir versuchen, einige konkrete Antworten zu geben. Wir diskutieren über dieses Thema aber nicht allein unter materiellen Gesichtspunkten, sondern wir führen die Diskussion im Geist unseres christlichen Menschenbildes. Wir machen keine falschen finanziellen Versprechungen und bauen keine Luftschlösser. Wir bekennen uns zu einer Politik der Senkung der Sozialstaatsquote. Wir setzen uns aber intensiv mit dem Begriff der Arbeit in der Zukunft auseinander. Wir diskutieren ein Thema, das Millionen und Abermillionen von Menschen jeden Tag bewegt.

Damit zeigen wir: Die Opposition von heute ist die Regierung von morgen. Dabei gilt: Erneuerung, auch programmatische Erneuerung, schafft Mehrheiten. Das heißt nicht mehr und nicht weniger, als dass wir für eine Politik stehen, die auf der Höhe der Zeit steht, die aber trotzdem nicht beliebig ist.

Die Diskussion geht weiter

Wir stehen also für eine Politik, die dem Selbstverständnis unserer Partei entspricht, dem Selbstverständnis der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Deshalb freue ich mich auf eine spannende, ausführliche und mit dem heutigen Tag nicht zu Ende gehende Diskussion über das Thema „Familie – mitten im Leben“.

– Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall)

Die vernetzte Familie

– Internet und TV im Fokus der Erziehung –



**Ein Sonntagsforum
der CDU in
Kooperation mit
der Bertelsmann
Stiftung**

„Lust auf Familie – Lust auf Verantwortung.“ – auf das Wort Lust im CDU-Antrag zur Familienpolitik, den der „Kleine Parteitag“ am 13. Dezember in Berlin verabschiedet hat, nimmt die CDU-Generalsekretärin bereits einen Tag vorher Bezug: am Ende einer hochkarätig besetzten Veranstaltung über Medienkompetenz, zu der die Partei in Kooperation mit der Bertelsmann-Stiftung ins Dorint-Hotel am Gendarmenmarkt eingeladen hatte.

„Lust“ – so Angela Merkel knapp drei Wochen vor dem Jahrtausendwechsel lächelnd – „damit wollen wir natürlich auch ausdrücken: Das tragische Weltende steht nicht bevor.“

Optimistisch haben die Teilnehmer der Podiumsdiskussion über Medienerziehung immer wieder die Chancen hervorgehoben, die die sog. neuen Medien, zumal das Internet, mit sich bringen, und die Risiken als Herausforderung einer „digitalen Revolution“ verstanden, die anders als frühere Technologie-Sprünge diesmal an den Kinder- und Jugendzimmern nicht vorbeigegangen ist.

Dort steht er nämlich – der PC und darf dort auch stehen. Marie-Luise Lewicki, stellvertretende Chefredakteurin von „Eltern“ hält das jedenfalls so mit ihrem Sohn. Peter Süss, Chefautor von „Gute Zeiten – Schlechte Zeiten“ bei RTL: „Das verbieten, fände ich ganz furchtbar.“

Dr. Ingrid Hamm, Leiterin des Bereichs Medien der Bertelsmann-Stiftung: Nur was ganz und gar „inakzeptabel“ ist, sollten wir verbieten, alles andere aber zulassen, unseren Kindern Vertrauen entgegenbringen und sie zur Selbstständigkeit ermutigen. Insofern Respekt vor dem Wunsch „Keep out“, den Kinder an die Tür zu ihrem Zimmer heften.

Unterhaltsam und nützlich

Auf User-Control und Selbstkontrolle laufen alle Bemühungen von „GetNetWise.ORG“ hinaus, einem Online-Dienst in USA, mit dem Eltern, Unternehmen und sog. Non-Profit-Groups gemeinsam dafür sorgen, dass Internet ohne Gefährdung von außen der herrliche Tummelplatz im Informationszeitalter bleibt, auf dem Spaß und Unterhaltung, Kommunikation und Lernen stattfinden.



„Keine Einmischung in die Erziehung“ ist Prinzip von „GetNetWise“. Lisa Kessler erklärt es damit: Ein dezentralisiertes und interaktives Medium wird von Amerikanern genutzt, die sich ganz unterschiedlichen Werten verpflichtet fühlen. Einzige Bedingung, die an die Mittel (tech tools) gestellt werden, mit denen krasse Formen der Darstellung von Hass, Gewalt und Sexualität ausgeschlossen werden: Sie müssen für den gesunden Menschenverstand verständlich sein.

So einfach, wie das mit den Worten der Amerikanerin klingt, sind die Antworten auf Fragen der Medienkompetenz unter der Lupe von Feinuntersuchungen nicht.

Prof. Wassilios E. Ftenakis vom Staatsinstitut für Frühpädagogik in München und beratendes Mitglied in der Familienkommission der CDU, referiert das aufschlussreiche Ergebnis einer solchen Erhebung: Durchaus nicht jeder Erzieher sieht in erster Linie die großen Chancen der neuen Medien. Für die Älteren unter ihnen stehen die Gefahren im Vordergrund, die das Internet mit sich bringt, und deshalb auch die Notwendigkeit, Kinder davor zu schützen. Entsprechend neigen sie dazu, Bildung, aber nicht so sehr Unterhaltung als Vorteil des Internets zu verstehen.

Die reale Welt nicht ausblenden

Konturen- und Profillosigkeit, Unstrukturiertheit, Grenzenlosigkeit und Pluralität, allein die Fülle von Informationen, die über Internet ins Haus stürzen, verunsichern vor allem diejenigen, die auch ihre Schwierigkeiten mit dem Handling der neuen Medien haben.

Dr. Willi Steul, Landessenderdirektor beim Südwestrundfunk und Moderator der Diskussion, greift den Gedanken auf „Die Eltern bestimmen, was ins Haus gelangt“ und schränkt ihn auch gleich wieder ein: „Der Satz gefällt mir nicht, weil ich damit Welt, in der wir leben, ausblende.“

Bei wem das Hausrecht liegt, ist keine Frage. Unsere Erfahrungen zeigen aber, gibt auch Angela Merkel zu bedenken: Eltern und Kinder leben manchmal in verschiedenen Welten. „Kennen Sie die Lieblingsband Ihrer Kinder?“ fragt sie.

Kenn' ich nicht! müsste keine Schande sein, wenn das nicht in vielen Familien nur das harmloseste Merkmal einer generellen Dialoglosigkeit wäre. Marie-Luise Lewicki: „Immer weniger Eltern und Kinder tauschen sich in Gesprächen gegenseitig aus.“

Genau an dieser Stelle fällt die Diskussion aus dem Rahmen des engeren Verständnisses vom Thema „vernetzte Familie“. Nicht mehr allein das Netz von Fernsehkanälen, Internetanschlüssen oder Telefonverbindungen steht zur Debatte, sondern, wie Angela Merkel sagt, „die intakte und aktive Partnerschaft zwischen Eltern und Kindern – mitten in der digitalen Medienwelt“. Genau hier liegt auch der Schlüssel für das Funktionieren von Selbstkontrolle, für eine Immunisierung von Jugendlichen, die Verbote überflüssig macht.

Eine ernste Mahnung

Prof. Ftenakis: „Sogar die weit verbreitete Meinung vom Zusammenhang von Gewalt und Gewaltdarstellung ist keineswegs gesichert, obwohl natürlich Gewaltszenen im Fernsehen Gewaltbereitschaft begünstigen und verstärken. Alle Untersuchungen zeigen: Die wirklichen Ursachen für Ge-

CDU-Initiative



Generalsekretärin Angela Merkel fordert die CDU-Unternehmen und gesellschaftliche Gruppen auf, die Medienkompetenz von Eltern und Erwachsenen zu stärken: „Mit einer Initiative Mehr-wissen-über-Medien wollen wir gemeinsam mit der Bertelsmann Stiftung und der Konrad-Adenauer-Stiftung nach Hilfestellungen und Maßnahmen für Eltern suchen, die ihnen den verantwortungsbewussten Umgang mit Computer und Internet erleichtern.“

walt bei Kindern und Jugendlichen sind „familiare Faktoren“ wie Partnerschaftsprobleme der Eltern, Scheidungen und Scheidungsfolgen.

Angela Merkel: „Eine unüberhörbare und sehr ernste Mahnung.“

Welche Anstrengungen gemacht werden müssen, ist allen klar. Aber auch weiterhin zappeln Eltern und Kinder im medialen Netz, verlangt die Frage *Wie erziehen wir die „Generation @“?* eine Antwort.

Dass die Antwort gleichzeitig auch Antwort auf die Frage nach einem „zeitgemäßen Bildungswesen“ (Prof. Ftenakis) sein muss, hat in seinen bildungspolitischen Reden der frühere Bundespräsident Roman Herzog immer wieder betont. Dr. Ingrid Hamm: „... und hat dabei die Revolution unserer Kommunikation den Motor der längst fälligen Bildungsreform genannt.“ ■

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 11 90
53348 RHEINBACH
PVSt, DEUTSCHE POST AG
ENTGELT BEZAHLT.

*Frohe Weihnachten
und ein glückliches
und erfolgreiches
Neues Jahr!*

wünscht Ihnen Ihre UiD-Redaktion

Die nächste UiD-Ausgabe erscheint
am 13. Januar 2000

UiD

40/1999

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, e-mail: ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73–75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Proffittlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementpreis** jährlich 60,- DM. **Einzelpreis** 1,60 DM. **Herstellung:**  Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.